

Vortrag an den Ministerrat

Arbeitsbesuch von Bundesminister Gernot Blümel in Paris am 21.-22. März 2019; Bericht

Die Europäische Union sieht sich aktuell mit großen Herausforderungen im digitalen Raum konfrontiert. Dieser wird von internationalen Internetgiganten dominiert, die große Profite generieren und zugleich von einer nicht mehr zeitgemäßen Rechtslage profitieren. Diese Schieflage muss beseitigt werden, um sicherzustellen, dass im digitalen wie im nicht-digitalen Raum die gleichen Regeln für alle gelten. Wie Österreich fordert auch Frankreich hier entsprechende Maßnahmen auf europäischer Ebene; beide Länder bereiten auch schon nationale Lösungen vor. Vor diesem Hintergrund war ich am 21. und 22. März 2019 zu Arbeitsgesprächen in Paris, um einen Eindruck über die aktuellen Entwicklungen in Frankreich zu gewinnen und bei einem gegenseitigen Erfahrungsaustausch Synergien zur vertiefenden Zusammenarbeit zu identifizieren. Folgende Themen wurden dabei behandelt:

Verantwortung von Internetplattformen: in der Europäischen Union gilt für Internetplattformen bis heute das sogenannte „Host Provider Privileg“. Dieses wurde im Jahr 2000 durch die E Commerce Richtlinie festgelegt und sieht vor, dass Plattformen für die Inhalte ihrer Nutzer grundsätzlich nicht verantwortlich sind. Aufgrund der seither entstandenen Plattformen und deren Einfluss und Kontrollmöglichkeiten ist dieses Prinzip nicht mehr zeitgemäß. Bei meinem Arbeitsgespräch mit dem Staatssekretär für Digitales, Mounir Mahjoubi, betonten beide Seiten, dass Maßnahmen notwendig sind, um ein „Level Playing Field“ im digitalen Raum zu gewährleisten. Wir vereinbarten, dass Österreich und Frankreich in Zukunft eng zusammenarbeiten werden, um auf EU Ebene Fortschritte zur Sicherstellung der Verantwortung großer Internetkonzerne – insbesondere auch in Hinblick auf die E-Commerce-Richtlinie – zu erzielen. Beide Ländern fordern, dass dieser Bereich eine Priorität für die nächste Europäische Kommission sein muss.

Verantwortung im Netz: In der digitalen Welt müssen die gleichen Prinzipien gelten, wie in der real gelebten Welt. Das Internet kann und darf kein rechtsfreier Raum sein und den leider vermehrt vorkommenden klaren Grenzüberschreitungen, Herabwürdigungen, Demütigungen und Übergriffen müssen wirksame rechtliche Maßnahmen gegenübergestellt werden. Diese Ansicht teilen Österreich und Frankreich und sind überzeugt, dass

Grundprinzipien, Regeln und Gesetze auch im digitalen Raum gelten müssen. Sich in der Anonymität des Internets verstecken zu können, darf in Fällen, in denen Straftaten begangen werden, nicht mehr möglich sein. Das wird auch in Frankreich so gesehen und daher ist dort eine Gesetzesnovelle in Arbeit, die diesbezüglich Plattformen stärker in die Pflicht nimmt.

Urheberrecht: Beide Länder unterstützen die Annahme der neuen Richtlinie. Sie stellt sicher, dass geistiges Eigentum im Internet im gleichen Maß geschützt wird wie in der haptischen Welt. Die Richtlinie schützt europäische Inhalte und stärkt die Rechte von europäischen Medien und Künstlern. Die Bedeutung der Richtlinie wurde auch vom Generaldirektor der französischen Tageszeitung „Le Figaro“, Marc Feuillée, betont, den ich ebenfalls zu einem Gespräch traf.

Digitalsteuer: Frankreich und Österreich fordern eine Digitalsteuer auf EU Ebene. Für beide Länder ist es eine Frage der Fairness, dass große, internationale Internetgiganten ebenso Steuern zahlen wie die restlichen Unternehmen in der EU. Nachdem bisher keine Einigung für eine europäische Lösung erzielt werden konnte, haben sowohl Frankreich als auch Österreich beschlossen, nationale Regelungen einzuführen.

Innovation: neben gesetzlichen Maßnahmen erfordern die Herausforderungen im digitalen Raum – gerade auch im Medien- und Kulturbereich - mehr Innovation in Europa. In Frankreich wurden in den letzten Jahren Schritte gesetzt, um Innovation durch Neugründungen ebenso wie durch neue Ansätze in bestehenden Unternehmen zu fördern. Ziel meines Besuchs war daher auch einen Eindruck von diesem Bereich zu bekommen. Zu diesem Zweck traf ich verschiedene Wirtschaftsvertreter, wie den Vorstandsvorsitzenden des Musikstreaming-Dienstes „Deezer“, Hans-Holger Albrecht, den Generaldirektor der Tageszeitung „Le Figaro“, Marc Feuillée, die Vorstandsvorsitzende des öffentlich-rechtlichen französischen Fernsehens „France Télévisions“, Delphine Ernotte und den vormaligen Vorstandsvorsitzenden des Werbedienstleisters und Medienkonzerns „Publicis“, Maurice Levy. Ich besuchte zudem den weltgrößten Start-up Inkubator „Station F“, wo ich mit Start-Ups aus dem Medienbereich zusammentraf.

Zusammenfassend bot mein Arbeitsbesuch in Paris eine Gelegenheit zum Austausch mit Gesprächspartnern in einem Land, das Forschung und den Umgang mit der digitalen Welt als prioritär betrachtet. Es zeigte sich, dass Frankreich und Österreich in den Bereichen Digitalisierung und neue Medien, u.a. in Hinblick auf die Einführung einer Digitalsteuer und dem Thema Verantwortung im Netz, zahlreiche übereinstimmende Ansichten teilen.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

28. März 2019

Mag. Gernot Blümel, MBA
Bundesminister